

schickt<sup>18</sup>. Der Entwurf war zuvor vom Kabinettschef Koenigs, de Varreux, durchgesehen und für annehmbar erklärt worden: *Pas d'objections sur l'ensemble qui présente un plan cohérent*<sup>19</sup>. Die Entnazifizierung sollte Teil umfassender demographischer Maßnahmen werden. Als Saarländer sollte nur derjenige angesehen werden, der im Saarland geboren war, von saarländischen Eltern und mindestens zwei saarländischen Großeltern abstammte und die letzten zehn Jahre im Saarland gelebt hatte. Die entsprechenden Daten sollte die geplante Volkszählung liefern (*couvert sous les apparences de mesures contre le nazisme*). Als Hauptpropagandisten der erfolgreichen prodeutschen Kampagne von 1935 wurden die in den letzten Jahrzehnten eingewanderten Bevölkerungsgruppen, vor allem die preußischen Beamten, bezeichnet. Das in das Saarland importierte Preußentum galt als die Hauptursache für das damalige "falsche" Abstimmungsverhalten der Saarländer<sup>20</sup>. Das "Beispiel" der nationalsozialistischen Volkstumspolitik im Elsaß und Lothringen aufnehmend<sup>21</sup>, wurde trotz der ohnehin schon angespannten Personallage die Entfernung aller Nicht-Saarländer für unerlässlich gehalten: Bis zu 150.000 Personen sollten von den Ausweisungen betroffen sein: *On peut estimer que 100 à 150.000 Sarrois devront être atteints par une mesure d'élimination*. Diese Maßnahmen sollten zeitlich gestaffelt ablaufen. Es sollte alles vermieden werden, was die Betroffenen über die Ausweisung hinaus schädigen könnte. Nur die Nationalsozialisten unter ihnen sollten durch zusätzliche Sanktionen bestraft werden. Die Ausgewiesenen sollten in verschiedene Regionen Deutschlands, Frankreichs und in die Kolonien geschickt werden<sup>22</sup>. Die dadurch an der Saar fehlenden Arbeitskräfte sollten durch neue ethnische

<sup>18</sup> CCFA/CC/CAC 220: Koenig an das CGAAA, 16.1.1946; AOFAA CC POL III K 3 p.44; der Entwurf ist auch unter dem Briefkopf: CCFA/DGAA/CAB, o.D., vorhanden. Laffon wies Grandval darauf hin, daß ihm die Grundsätze dieses Entwurfes bekannt sein müßten: *Ce sont celles qu'ont été arrêtées avec nous au cours de la séance de Commission qui s'est tenue sous ma présidence le 27 décembre 1945*; CCFA/CAB 80: Laffon an Grandval, 4.2.1946; AOFAA CC POL L 2 p.46. Hierzu: Hudemann, Die Saar, S. 32f.

<sup>19</sup> De Varreux wollte nur wenige Änderungen am Text vornehmen, die vor allem die Wirtschaftspolitik betrafen. Bei den geplanten Massenausweisungen schlug er ein zeitlich gestaffeltes Vorgehen vor (*mesures à appliquer suivant un plan qui s'étalera dans le temps*); CCFA/CC/CAC: De Varreux an Koenig, 2.1.1946; AOFAA CC POL III K 3 p.44.

<sup>20</sup> In seiner Rede zur ersten Sitzung der Gesetzgebenden Versammlung des Saarlandes am 14. Oktober 1947 wiederholte Grandval diese Sichtweise: *Alle politischen Verhältnisse, alle Beziehungen zwischen Nachbarvölkern wurden durch das Preußentum gefälscht, und das Saarland, das seinen Irrtum von 1935 teuer bezahlt hat, war auch eines der hauptsächlichsten Opfer dieser imperialistischen Umklammerung*; Ltag Saar I.WP Drs. I/1, 21.10.1947, S. 2.

<sup>21</sup> Hierzu: Kettenacker, Lothar: Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß. Stuttgart 1973; Neigert, Marcel: Internements et déportation en Moselle 1940–1945. Metz 1978; Wolfanger, Peter: Die nationalsozialistische Politik in Lothringen (1940–1945). Saarbrücken 1977. Yves Durand erwähnt die Äußerung des lothringischen Abgeordneten Wiltzer, der in der außenpolitischen Debatte der Beratenden Versammlung im November 1944 die Annektion der linksrheinischen Gebiete gefordert hatte. Der sich der Französisierung widersetzende Bevölkerungsteil müsse vertrieben werde, erklärte er unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den durch Hitler geschaffenen Präzedenzfall; Durand, S. 46 u. 53f.

<sup>22</sup> Landwirtschaftliche Arbeitskräfte und etwa 40.000 Industriearbeiter sollten in Württemberg und Baden, andere Personengruppen in Frankreich angesiedelt werden. Da es sich durchweg um arbeitende Bevölkerungsgruppen handelte, würden sie Frankreich von Nutzen sein. Im Umfang von 30.000 Perso-